

Essen plus Kügelchen

Wer ein Gericht beim Lieferdienst bestellt, bekommt es meist in einer Box aus Styropor. Die EU will diese Form der Verpackung künftig verbieten – die Restaurants und Imbisse stehen vor einem Problem

VON VIVIEN TIMMLER

München – Das Problem ist weiß und besteht aus Millionen kleiner Kügelchen. Zusammengeschmolzen werden sie zu Styropor und finden als To-Go-Verpackung jeden Abend den Weg in Abertausende Haushalte in Deutschland.

Auch Vinh Pham benutzt diese Verpackungen. Er betreibt ein kleines vietnamesisches Restaurant an einer viel befahrenen Straße im Münchner Osten, seinen echten Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen. Wer bei ihm zu Mittag isst, wie es an diesem Tag Dutzende Menschen tun, bemerkt die Styropor-Kartons nicht, die sich in der Küche in drei Türmen bis zur Decke stapeln. Wer hingegen ein To-Go-Menü bestellt oder liefern lässt, kommt nicht um sie herum. „Es war mit Abstand die günstigste Alternative“, antwortet Pham auf die Frage, warum er Styropor-Kartons verwendet. Der Preisunterschied zu umweltfreundlicheren Alternativen beträgt zwar oft nur wenige Cent. Bei mehreren Hundert Kartons, die er jede Woche brauche, stelle ihn das trotzdem vor ein Problem, sagt er.

Geht es nach der EU, soll damit künftig Schluss sein. Unterhändler des Europäischen Parlaments und der EU-Staaten haben sich am Mittwoch auf ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Einweg-Plastik geeinigt. Darunter fallen Strohhalme, Plastikwattestäbchen oder Stäbe von Luftballons, aber eben auch Lebensmittel- und Getränkebehälter aus Styropor. Sie sollen binnen zwei Jahren aus dem Alltag der Europäer verschwinden. Voraussetzung für ein solches Verbot ist lediglich, dass ohne Weiteres erswingliche Alternativen zu den jeweiligen Produkten zur Verfügung stehen.

Viele Imbiss- und Restaurantbesitzer stehen nun vor einer Herausforderung. Denn der Kunststoff, den Experten „expandiertes Polystyrol“ nennen, gehört zu den am meisten verwendeten Verpackungsmaterialien in Deutschland.

Das Problem liegt im Grundstoff, den kleinen Granulat-Kügelchen aus geschäumtem Styropor

Und das, obwohl er für die Umwelt alles andere als verträglich ist: Für seine Herstellung werden viele Liter Erdöl benötigt, er ist biologisch nicht abbaubar und macht auch im Recycling große Probleme. Firmen schätzen ihn trotzdem, denn er ist billig, leicht und gleichzeitig stabil. Hinzu kommt, dass er den Inhalt wahlweise warm oder kalt hält. Viele Restaurants und Imbisse liefern deshalb ihr Essen in solchen Behältern aus.

In die Natur gelangen Styropor-Behälter als Ganzes nur selten. Das Problem liegt aber im Grundstoff, den kleinen Granulat-Kügelchen. Die werden bei der Herstellung der Produkte verklebt, sie verschmelzen aber nicht völlig miteinander und können sich deshalb auch vergleichsweise leicht voneinander lösen. Diese Kügelchen gelangen dann in die Umwelt und landen über Flüsse in die Weltmeere, wo sie sich nie vollständig zersetzen.

Auch in Recycling-Anlagen führt das zerkleinerte Styropor zu großen Problemen. „Die Kügelchen reiben sich überall ab, kleben dann an anderen Materialien und sind in der Sortierung kaum noch von anderen Kunststoffen zu trennen“, sagt Carolina Schweig. Die Ingenieurin berät Firmen bei der Suche nach fortschrittlichen Verpackungslösungen und hält geschäumtes Polystyrol für eine der schlechtesten Alternativen. Erst kürzlich habe sie in einer Entsorgungsanlage beobachtet, in welchem Ausmaß die Styropor-Kügelchen ein effizien-



Lebensmittel-Boxen aus Styropor sind bei Restaurants und Imbissen beliebt, weil sie günstig und leicht sind und dabei noch das Essen warmhalten. Für die Umwelt sind die Behälter hingegen weniger gut. FOTO: MAURITIUS IMAGES

tes Recycling verhindern. „Wenn wir die einzelnen Stoffe nicht auseinander bekommen, werden wir uns immer wieder die Stoffströme kaputt machen.“ Den Vorstoß der EU findet Schweig daher richtig. Allerdings gebe es auch mit dem Verbot zu viele Einweg-Verpackungen im Umlauf – ein Problem, das sie vor allem auf die Zunahme an großen Lieferdiensten zurückführt.

Die haben das Problem mit Styropor-Verpackungen mittlerweile erkannt. So will etwa der britische Lieferdienst Deliveroo, der hierzulande in Berlin, München, Köln, Hamburg und Frankfurt Essen ausliefert, bis Ende des Jahres allen Restaurantpartnern kunststofffreie Verpackungen zur Verfügung stellen.

Auch der Berliner Konzern Delivery Hero, zu dem etwa Lieferheld und Foodora gehören, ist laut eigenen Angaben bereits dabei, das Problem anzugehen – allerdings auf rein freiwilliger Basis, wie Dorette Stüber aus der Nachhaltigkeits-Abteilung betont. „Wir können den Restaurants statt Aluminium und Styropor zwar Lösungen aus Pappe anbieten, zwingen können wir sie aber nicht“, sagt sie. Es gebe immer Restaurants, die Mehrkosten scheuten oder den Aufwand, ihre Gewohnheiten um-

zustellen. Das liege dann jedoch nicht in der Verantwortung der Lieferdienste.

Tatsächlich bieten die Verpackungsfirmer den Restaurants in ihren Online-Shops zahlreiche Alternativen an. Diese sind in der Regel allerdings aus Papier oder Pappe und häufig zudem mit Plastik-Elementen versehen. Das Problem an der Papier-Alternative: Ihre Herstellung erfordert ebenfalls viel Energie, Wasser und Chemikalien. Ähnlich verhält es sich mit vermeintlich nachhaltigeren Materialien wie Holz, Bambus oder Jute.

„Diese Alternativen lohnen sich erst, wenn sie mehrfach verwendet werden, und das ist bei den Behältern der Lieferdienste schlicht nicht vorgesehen“, sagt Christine Wenzl vom Bund für Umwelt und Naturschutz. „Es wäre das Beste, wir kämen zu echten Mehrweg-Lösungen. Das geht aber nicht allein mit Verboten.“ Ihrer Ansicht nach braucht es ein höheres gesellschaftliches Bewusstsein. Es müsse normal werden, die eigene Metalldose und den eigenen To-Go-Becher von zu Hause mitzunehmen. „Aber vielleicht gewöhnen wir uns ja auch einfach wieder an, den Kaffee direkt aus der Tasse zu trinken“, sagt Wenzl. „Quasi als Coffee-to-stay.“

Klage gegen Facebook

Wegen Datenmissbrauchs geht die amerikanische Justiz nun gegen den Konzern vor

München/Brüssel – Der Generalstaatsanwalt des Bezirks Washington, D.C., verklagt Facebook wegen des fahrlässigen Umgangs mit Nutzerdaten. Er wirft dem Konzern vor, die Daten seiner Nutzer unzureichend vor Missbrauch geschützt zu haben. Das Unternehmen habe Mitglieder der Plattform über die Verwendung ihrer Daten getäuscht und Datenlecks nicht rechtzeitig oder gar nicht offengelegt. Verschärft werde das Problem dadurch, dass die Facebook-Nutzungsbedingungen missverständlich seien. Die Facebook-Aktie hatte am Mittwoch nach Bekanntwerden mehr als sieben Prozent verloren.

Anlass für die Klage sind offenbar die Enthüllungen im Zuge des Cambridge-Analytica-Skandals. Im März 2018 hatte ein ehemaliger Mitarbeiter von Cambridge Analytica enthüllt, dass die britische Politik-Marketing-Agentur Daten von mehr als 70 Millionen Facebooknutzern verwendete, um detaillierte Persönlichkeitsprofile zu erstellen und Nutzer mit zielgerichteter politischer Werbung auf Facebook zu beeinflussen. Die Nutzerdaten stammten von einer Psychotest-App und wurden ohne Wissen der Nutzer an Cambridge Analytica weiterverkauft. In welchem Ausmaß das passierte, zeigt die Klageschrift: Demnach luden zwar nur 852 Nutzer in Washington, D.C., die Psychotest-App herunter. Die App griff allerdings auch auf die Daten der Freunde dieser Nutzer zu. Bei Cambridge Analytica sollen dadurch die Daten von 340 000 Einwohnern gelandet sein.

Die Enthüllungen im Frühjahr 2018 hatten weltweit Empörung ausgelöst. Facebook-Chef Mark Zuckerberg und andere

Top-Manager mussten in Folge des Skandals unter anderem dem US-Kongress und dem Europäischen Parlament Rede und Antwort stehen – und versprachen, besser auf die Daten der Nutzer aufzupassen.

Trotzdem wurden in den vergangenen Wochen erneut Fälle bekannt, die zeigen, dass Datenschutz innerhalb des Unternehmens immer noch nicht höchste Priorität genießt. So veröffentlichte die *New York Times* gerade einen Bericht, wonach Facebook großen Tech-Konzernen wie Spotify, Netflix und Amazon weitreichende Zugriffsrechte auf Nutzerdaten zugestand – und zwar unabhängig von den Privatsphäre-Einstellungen der Nutzer. Auch auf diese Praxis nimmt der Washingtoner Staatsanwalt in seiner Klage Bezug.

Bei einem Bundes-Verfahren könnten Milliardenstrafen auf den Konzern zukommen

Die Klage ist insofern ungewöhnlich, als hier Generalstaatsanwalt – also quasi der Justizminister – des Hauptstadtbezirks Facebook wegen Verstößen gegen ein lokales Verbraucherschutzgesetz verklagt. Dabei wäre ein bundesweites Vorgehen gegen Facebook vermutlich sinnvoller. Dass die lokale Justiz jetzt Fakten schaffen will, könnte damit zusammenhängen, dass bislang völlig unklar ist, inwieweit Bundesbehörden gegen Facebook vorgehen werden. Die ebenfalls zuständige Aufsichtsbehörde FTC hat zwar bestätigt, das Verhalten Facebooks zu untersuchen, sich aber seit März nicht in die Karten schauen lassen.

Auch in Europa steht Facebook spätestens seit dem Skandal um Cambridge Analytica unter verschärfter Beobachtung, EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager gehört zu den lautesten Kritikern des Konzerns. Während sie Konzerne wie Google oder Apple wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht kräftig zur Kasse gebeten hat, baut sie beim Datenschutz nicht nur auf Regulierung, sondern auch darauf, das Angebot durch die Nachfrage zu beeinflussen: „Wir müssen dem Markt und der Gesellschaft auch Gelegenheit geben, selbst Antworten zu finden“, sagte sie Anfang des Monats dem *Handelsblatt*. „Jeder von uns ist klein. Aber weil wir viele sind, können wir immer auch gemeinsam Veränderung herbeiführen.“ Im Sommer sagte die Dänin, die kein Profil bei dem Netzwerk besitzt, sie würde für Facebook lieber mit Geld als mit ihren Daten zahlen.

Unklar ist, wie teuer das Verfahren in Washington für Facebook werden könnte. In der Klageschrift fordert die Staatsanwaltschaft zwar Schadenersatz für betroffene Nutzer und wirtschaftliche Schäden, nannte aber keine Summe. Die Gesetze, auf die sich die Anklage bezieht, erlauben Strafen von bis zu 10 000 Dollar pro Verstoß. Eine Strafe wäre also auch davon abhängig, in wie vielen Fällen solche Verstöße festgestellt würden. In der Klage ist die Rede von 340 000 Betroffenen in Washington, D.C. Bei einem möglichen Verfahren zum Cambridge-Analytica-Skandal auf Bundesebene, wo auch die Verbraucherschutzbehörde FTC zuständig wäre, halten Experten Milliardenstrafen für denkbar.

M. MUTH, V. DORNIS, K. M. BEISEL

ARTZSPRECHSTUNDEN

Populismus hilft nicht

VON WERNER BARTENS

Wer notfallmäßig krank wird, sollte sich dafür nicht gerade das Wochenende aussuchen. Die Kliniken sind dann schlechter besetzt und weniger Fachärzte vor Ort als werktags. Dutzende Studien belegen, dass Patienten nicht so gut versorgt werden und – im Fall erster Erkrankungen – geringere Überlebenschancen haben, wenn sie an einem Samstag oder Sonntag ins Krankenhaus müssen. Ähnliche Daten gibt es auch für jene Patienten, die eine Notfallambulanz in der Nacht aufsuchen müssen.

Insofern ist es ein naheliegender Vorschlag der gesetzlichen Krankenkassen, dass Arztpraxen häufiger abends und samstags geöffnet haben sollten. Auch mit der von vielen Medizineren gepflegten Tradition, die Praxis am Mittwoch- und Freitagmittag abzusperrten, soll nach dem Wunsch der Kassenvorstände bald Schluss sein. Es könne ja wohl nicht angehen, dass immerhin 80 Prozent der Doktoren an diesen beiden Tagen schon kurz nach Mittag Feierabend machen. „Krankheiten richten sich nicht nach den Lieblingsöffnungszeiten der niedergelassenen Ärzte“, sagt Johann-Magnus von Stachelberg vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, ein gelernter Betriebswirt.

Klingt richtig, klingt logisch – ist aber in der Schlussfolgerung trotzdem falsch. Zwar können Menschen immer und überall krank werden, aber in den Praxen der niedergelassenen Ärzte sind Notfälle in der Minderheit. Die meisten Patienten machen einen Termin aus, und die Prognose ihres Leidens ist nicht davon abhängig, ob sie ein paar Stunden früher oder später kommen. Bei vielen Kontroll- oder Vorsorgeterminen kommt es sogar oft nicht auf den Tag und manchmal nicht mal auf die Woche an. Für die meisten Patienten braucht es keine zusätzlichen Öffnungszeiten, es sei denn aus Bequemlichkeit. Und echte Notfälle werden in jeder seriösen Arztpraxis sowieso vorgezogen, wenn sie nicht gleich in der Notaufnahme oder beim Rettungsdienst landen.

Wer „patientenfreundlichere“ Sprechzeiten fordert, macht ein paar populistische Punkte, verkennt aber den Alltag in der Arztpraxis. Wie wäre es stattdessen, bei Patienten ein „arztfreundlicheres“ Verhalten anzumachen? Das ist zwar wenig populär, doch immer mehr Doktoren

klagen darüber, dass sich Patienten wiederholt Termine geben lassen, dann aber – ohne abzusagen – einfach nicht erscheinen. In der Sprechstunde klappt dadurch eine Lücke, die sich längst nicht immer mit anderen Patienten schließen lässt – was dazu beiträgt, dass sich wiederum andere beschweren, erst so spät einen Termin bekommen zu haben.

Ein weiterer Befund illustriert die überzogene Erwartungshaltung mancher Patienten: In Notaufnahmen häufen sich Fälle von Patienten mit banalen Beschwerden. Sie hatten keine Lust, in der Praxis zu warten, vorher war keine Zeit, deshalb sind sie jetzt vorbeigekommen, außerdem seien ja alle Geräte hier verfügbar – so lauten die dreitesten Erklärungen, wenn Ärzte fragen, warum jemand mit verdorbenem Magen oder Kreuzweh um Mitternacht in die Ambulanz kommt (um sich dann als Arzt noch beschimpfen zu lassen, wenn man einen echten Notfall vorzieht).

Wer die Praxis früher schließt, geht selten auf den Golfplatz. Sondern arbeitet Verwaltung ab

In einem wohlhabenden Land gehört die flächendeckende medizinische Betreuung zwar zur Daseinsvorsorge. Das bedeutet aber nicht, den Anspruch zu haben auf Arztpraxen mit 24-Stunden-Service, am besten noch im Drive-in-Modus und mit Päckchensammelstelle. Wer einen Termin beim Doktor wahrnimmt, sollte sich des Privilegs bewusst sein, dass ihm der Luxus einer freien Arztwahl zusteht und überall im Land zumeist rasch geholfen wird. Dafür kann man sich durchaus an die vorgegebenen Sprechstunden halten und zum vereinbarten Termin erscheinen. Für alles andere gibt es Notdienste, Rettungsstellen und Krankenhäuser, übrigens auch so dicht verteilt wie in sonst keinem anderen Flächenland.

Wenn Ärzte am Mittwoch und Freitag ihre Praxis bereits zur Mittagszeit zusperrten, verschwinden sie außerdem nur selten auf dem Golfplatz oder der Segeljacht. Vielmehr telefonieren sie stundenlang Befunden hinterher, schreiben Arztbriefe und sitzen tagelang an der vorgeschriebenen Dokumentation. Ärzte in dieser Hinsicht zu entlasten, wäre eine lohnende Aufgabe für Kassen und Politik – und käme zudem direkt den Patienten zugute, weil den Doktoren mehr Zeit für sie bliebe.

A STAR ALLIANCE MEMBER

Erholung hat nicht immer etwas mit Schlafen zu tun.

Miami ab 469 €*

Say yes to the world

Lufthansa

* Ausgewählte Flüge, Hin- und Rückflug bei Buchung auf lufthansa.com. Begrenztes Sitzplatzangebot.